

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

«Glücklich» über Angriff

(spk) Irans UNO-Botschafter Kamaal Kharrazzi hat sich über die irakischen Raketenangriffe auf Israel «beglückt» geäußert, gleichzeitig aber vor einer Ausweitung des Golfkrieges gewarnt. «Wegen jahrzehntelanger Aggressionen Israels gegen Moslems» müsse «jeder Moslem auf der Erde glücklich sein über jeden Angriff auf Israel», sagte der Botschafter vor Journalisten.

Hilfe für Liberia

Der UNO-Sicherheitsrat hat die internationale Gemeinschaft aufgefordert, den Friedensprozess in Liberia zu unterstützen und dem von einem Bürgerkrieg verheerten westafrikanischen Land humanitäre Hilfe zu gewähren. Zudem soll der vereinbarte Waffenstillstand eingehalten werden.

Kritik an Gorbatschow

Schwere Vorwürfe gegen den sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow hat einer seiner engsten Berater, Professor Wjatscheslaw Daschtschew, gerichtet. Der «Kölnischen/Bonner Rundschau» sagte das Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Gorbatschow alleine trage die Verantwortung für die Übergriffe der Sowjetarmee im Baltikum.

Anschlag in Beirut

Bei Sprengstoffanschlägen gegen zwei Bankfilialen in Beirut und Baalbek ist am Mittwoch ein Mensch ums Leben gekommen. Das Opfer war Wachmann einer französisch-libanesischen Bank in Baalbek. Der Anschlag auf eine saudische Bankfiliale in Beirut richtete nur Schaden an. Es wird angenommen, dass beide Anschläge von Palästinensern und moslemischen Fundamentalisten verübt worden sind.

Albanien: Streikgesetz

Die albanische Regierung hat im Zuge der vorsichtigen Demokratisierungsmassnahmen erstmals den Arbeitnehmern «mit sofortiger Wirkung» ein Streikrecht zugestanden. Wie die amtliche Nachrichtenagentur ATA am Mittwoch berichtete, legte die Regierung in einem Gesetz fest, dass Streikwillige Arbeitsniederlegungen 15 Tage im voraus ankündigen müssten.

Zusammenarbeit mit UdSSR gebremst

Brüssel (AP) Das blutige Einschreiten der sowjetische Armee im Baltikum hat die Europäische Gemeinschaft veranlasst, ihre Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu bremsen. Nach Beratungen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) der EG-Aussenminister wurde am Mittwoch vormittag in Brüssel von Diplomaten betont, dies bedeute nicht eine Aufkündigung der von der EG zugesagten Hilfeleistungen. Doch würden die in Aussicht genommenen Projekte vorläufig nicht in dem ursprünglich beabsichtigten Tempo vorangetrieben. Eine ähnliche Empfehlung hatte am Dienstag in Strassburg auch das Europäische Parlament gegeben.

K. Charly LIMANI

Gebäudereinigung Anstalt

Triesen
Tel. 075/2 76 01



Golfkrieg: Weitere Luftangriffe der Alliierten auf Irak

Beträchtlicher Schaden an Anlagen zur Herstellung von chemischen Waffen angerichtet – Angegriffen werden nur strategische Ziele

Riad/Bagdad/Tel Aviv (spk/dpa) Eine Woche nach Beginn des Kriegs am Persisch-Arabischen Golf und einen Tag nach dem bisher folgenschwersten Angriff auf Israel haben die alliierten Bomber nach britischen Angaben beträchtlichen Schaden an Anlagen zur Herstellung chemischer Waffen angerichtet. Die irakische Zivilbevölkerung sei so wenig wie möglich in Gefahr gebracht worden, hiess es in London.

Ein Sprecher der amerikanischen Streitkräfte in Saudi-Arabien gab an, bis Mittwochabend seien 12 000 Einsätze, etwa die Hälfte davon Kampfeinsätze, geflogen worden. Die «Operation Wüstensturm» verlaufe unter verbesserten Wetterbedingungen planmässig. Angegriffen würden weiterhin nur strategische Ziele.

Im irakischen Radio hiess es demgegenüber, die Angriffe erfolgten auch auf zivile Ziele: Lebensmittellager, medizinische Einrichtungen und Moscheen. Bei diesen überall im Irak geflogenen Angriffen seien auch Frauen, Kinder und alte Menschen umgekommen. Der Sender nannte George Bush, John Major und François Mitterrand «Kriegsverbrecher».

Putschversuch gescheitert

Zu Berichten aus Teheran, wonach irakische Bodentruppen alliierte Stellungen

innerhalb Saudi-Arabiens angegriffen haben sollen, hiess es im Pentagon in Washington, es gebe keine Hinweise auf einen breit angelegten irakischen Angriff. Man habe Informationen über kleinere Scharmützel entlang der Grenze. Nach amerikanischen Angaben brennen in Kuwait weiterhin Ölanlagen.

Ein vollständiger Überblick über das gesamte Kriegsgeschehen ist allerdings wegen der in den beteiligten Ländern herrschenden Zensur unmöglich. Ein Bericht der britischen Zeitung «The Guardian», wonach sieben Iraker beim Versuch, Staatschef Saddam Hussein zu stürzen, am vergangenen Freitag erschossen worden seien, wurde nicht erhärtet.

Westen beschört Israelis

Das israelische Kabinett befasste sich in einer Sondersitzung mit dem letzten Raketenangriff auf den Grossraum Tel Aviv, der drei Tote und 96 teils schwer Verletzte zur Folge hatte. Sie suchte nach einer «passenden Antwort» auf die irakischen Attacken. Für die Tagung galt eine Nachrichtenperre. Beim dritten Bagdader Raketenangriff binnen fünf Tagen hatte eine Scud-Rakete mit konventionellem Sprengkopf ein Wohnhaus im Tel Aviver Vorort Ramat Gan zerstört und an benachbarten Gebäuden schwere Verwüstungen angerichtet.



Drei Tote und 96 Verletzte forderte der dritte und bisher schwerste irakische Raketenangriff auf Tel Aviv am späten Dienstag.

Der amerikanische Präsident George Bush sprach von einem brutalen Terrorakt gegen Unschuldige und lobte zugleich die Zurückhaltung der Israelis. Frankreichs Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement rief Israel auf, auf die irakischen Raketenangriffe weiterhin

nicht militärisch zu reagieren. Der israelische Vize-Aussenminister Benjamin Nethaniahu liess vor der Knesset allerdings keine Zweifel offen, dass Jerusalem «zu einem selbstgewählten Zeitpunkt» reagieren werde. Näheres zum Golfkrieg auf Seite 21.

Wir sind bereit Verantwortung zu übernehmen

Aufruf zur Gemeindewahl 1991 – von FBP-Parteipräsident Emanuel Vogt

An diesem Wochenende entscheiden wir über die zukünftige Zusammensetzung unserer Gemeindevertretungen und damit auch über die Zukunft unserer Gemeinden. Die Besetzung der Vorsteherämter und der Gemeinderatssitze ist für das politische Leben, für die Gestaltung unserer Gemeinden und unseres Landes, als Voraussetzung für ein lebenswertes Leben für uns alle, sehr wichtig.

Die Aufgaben in unseren Gemeinden werden immer vielfältiger und anspruchsvoller. In unseren Gemeinden werden viele lebenswichtige Entscheidungen für unsere Zukunft getroffen. Darum ist es wichtig, möglichst gute Leute mit Mut, Kraft, Durchsetzungsvermögen und einem gesunden Blick für das Notwendige, Nützliche und die Zukunft Richtige in unsere Gemeindestuben zu wählen.

Unsere Kandidaten stellen sich mit der Bereitschaft zur Wahl 1991, Verantwortung für unsere Gemeinden zu übernehmen.

Die Nominierungen haben gezeigt, dass es immer schwieriger wird, Kandi-



FBP-Präsident Emanuel Vogt: «Unterstützen Sie die FBP-Kandidaten bei den Gemeindewahlen 1991».

datinnen und Kandidaten für die öffentliche Arbeit zu finden und zu motivieren. Unsere Ortsgruppen haben sich in intensiver Arbeit bemüht, fähige Leute aufzustellen und dabei alle Bevölkerungsgruppen einzubeziehen.

Wir stehen nun vor der entscheidenden Wahl. Wir ersuchen Euch, unseren Kandidaten Eurer Vertrauen zu geben.

Nehmen wir dazu die volle Liste der FBP. Wenn man streicht, schadet man zwar dem betreffenden Kandidaten, die Liste zählt aber voll für die Mandatszuteilung. Schreibt man jedoch Leute von einer anderen Liste, so gibt man gleichzeitig einen Teil seiner Stimmkraft einer anderen Partei, weil die Wahl der Gemeinderäte im Proporzsystem erfolgt. Listen mit leeren Linien oder gestrichenen Kandidaten zählen voll für die Mandatszuteilung bei den Gemeinderatswahlen. Jeder Kandidat einer anderen Liste bringt hingegen auch eine Stimme für dessen Partei.

Darum geben wir unseren Kandidaten mit unserem Stimmzettel unser volles Vertrauen, für den Gemeinderat und für das Vorsteheramt. Sie verdienen es. Sie sind Garant für eine gute, zukunftsorientierte, verantwortungsbewusste Gemeindepolitik.

Stefan Eberharter: Überraschungs-Weltmeister im Super-G

Silber ging an Aamodt (No), Bronze an Piccard (Fr) – Günther Marxer auf Platz 20

Der zweite Bewerb bei den alpinen Ski-Weltmeisterschaften in Saalbach-Hinterglemm endete gestern mit einer Überraschung: Der Österreicher Stefan Eberharter, der bislang noch nie ein Weltcuprennen gewinnen konnte, sicherte sich mit grossem Vorsprung die Goldmedaille. Silber holte sich der Norweger Kjell André Aamodt, Bronze ging an den Olympiasieger von Calgary, Franck Piccard (Fr). Eine recht gute Leistung bot der Liechtensteiner Günther Marxer, der mit einem Rückstand von 3,68 Sekunden Platz 20 belegte.

Von den übrigen drei gestarteten Liechtensteinern erreichte nur Daniel Vogt das Ziel. Der junge Balzner (Startnummer 53) klassierte sich als 33. (Rückstand: 6,38). Marco Büchel, der ausgezeichnet unterwegs war, fuhr wie viele andere an der Schlüsselstelle des Parcours, nach etwa einer Minute Fahrzeit, an einem Tor vorbei und musste aufgeben. Das gleiche Schicksal ereilte an der genau gleichen Passage Achim Vogt.

Heute Donnerstag findet kein Rennen statt.



Der Österreicher Stefan Eberharter auf seiner gestrigen «Traumfahrt» zum Super-G-Weltmeistertitel.

EG und EFTA kommen sich näher

Brüssel (AP) Die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Freihandelszone (EFTA) haben am Dienstag und Mittwoch in Brüssel weitere Fortschritte auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) erzielt. In Fragen des Wettbewerbsrechts, der Agrar- und der Handelspolitik kamen sich beide Seiten nach Angaben von Diplomaten in wesentlichen Punkten näher, so dass ein Abschluss der Verhandlungen noch vor der Sommerpause für möglich gehalten wird.

Nachdem sich beide Seiten im Dezember auf einer Ministertagung grundsätzlich darauf verständigt hatten, dass die Verordnungen und Richtlinien der EG Grundlage für den EWR sein sollen, stimmte die Gemeinschaft jetzt der Forderung der EFTA nach einer eigenen Aufsichtsinstitution für die Einhaltung des Wettbewerbsrechts zu. Ferner sollen die noch offenen Fragen der Agrarpolitik – einige der sechs EFTA-Länder Finnland, Island, Norwegen, Österreich, Schweden und Schweiz beharren auf Schutzzöllen für ihre Produkte – in den kommenden Monaten in bilateralen Gesprächen zwischen der EG-Kommission und den einzelnen EFTA-Staaten geregelt werden.

Ruhe in Wilna und Riga

Moskau (spk/dpa) Die Lage in den baltischen Hauptstädten Wilna und Riga hat sich etwas beruhigt. Diese Ruhe hat sich nach den Gesprächen zwischen dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow und den Parlamentspräsidenten von Estland und Lettland, Arnold Rüütel und Annatolis Gorbunovs, eingestellt.

CITY-OPTIK
ALLES FÜR IHRE AUGEN

City Optik AG
FL-9490 Vaduz · Heiligkreuz 49
Telefon 075 / 281 88